

DIE INDUSTRIE AUSTRALIENS IN DEN ACHTZIGER JAHREN: ENTWICKLUNG, PROBLEME UND FÖRDERMASSNAHMEN

Mit 7 Abbildungen und 1 Tabelle

DAVID WADLEY und REINHOLD GROTZ

Summary: Australian industrial development and policy in the 1980s

This paper reviews Australian industrial development and policy in the changed global environment of the 1980s. Focusing first on macroeconomics, it cites Australia's declining terms of trade and balance of payments, currency devaluation and budget deficits as a backdrop to recent performance in the secondary sector. Before 1980 manufacturing was small-scale by world standards, inward looking and heavily protected. In the present decade this produced a cessation of growth in factory numbers and a significant loss of jobs. A squeeze on profitability inhibited capital investment, which in turn depressed productivity. At the same time structural change by industry subdivision and geographical change by State and region were of some importance.

Industrial policy is assessed at Federal and State levels. Federal measures, mostly macroeconomic in scope, have been dominated historically by the tariff, though recently other sectoral interventions have been undertaken. The bearing of macroeconomic monetary policy is discussed, as is the role of various micro initiatives instigated in the last four years. At the State level a rather overdue focusing of policy is noted, which may allow sectoral discrimination: by contrast, non-discriminative 'decentralisation' assistance has been largely replaced by local area economic development strategies. The positive steps taken by States to facilitate investment in high technology are also favourable reported.

The national industry debate is seen in terms of three publications issued in the last twelve months, one from an industry council, one reflecting trade union interests and the last from an academic economist. Export activity emerges as a possible strategy for industrial revitalisation but, as is pointed, it will pose significant problems in economic management at both the firm and national levels.

1. Einführung

Die Industrie, noch in den fünfziger Jahren das Aushängeschild der Wirtschaft Australiens, steckt in einer tiefen Krise. Das öffentliche Interesse am Schicksal der Industrie ist nach wie vor groß (WADLEY a. RICH 1983), aber im Jahre 1986 mußte der Australische Senat eine umfassende Untersuchung zur Revitalisierung des produzierenden Gewerbes in Auftrag geben (Australia, Senate Standing Commit-

tee on Industry and Trade 1986). Es gab Anhörungen in allen größeren Städten, und nun kam eine breit und kontrovers geführte Diskussion zwischen der Wirtschaft, Bundesbehörden¹⁾ und Wissenschaftlern in Gang (BERNASEK 1986, SOLOMON a. SPURLING 1987).

Dieser Aufsatz handelt von den derzeitigen Problemen der Industrie in einem bevölkerungsarmen, aber hochentwickelten Land, das zwar über reiche Rohstoffvorkommen verfügt, jedoch abseits vom Weltmarkt für Industriegüter liegt und es daher schwer hat, sich gegen die führenden Industrienationen zu behaupten. Um sich dem weltweiten strukturellen und technologischen Wandel anzupassen, der mit den Ölkrisisender siebziger Jahre begann, muß Australien große Anstrengungen unternehmen. Der Weg hierzu, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und die Schwierigkeiten werden in diesem Beitrag beleuchtet. Dabei stehen weniger regionale als nationale Aspekte zur Behauptung gegenüber der ausländischen Konkurrenz im Vordergrund.

2. Die makroökonomische Lage

Seit 1983 greift die Labor-Regierung massiv in das Wirtschaftsleben des Landes ein, indem sie z. B. den Wechselkurs des A\$ freigab und das Bankensystem liberalisierte. Ohne einschneidende Veränderungen könne Australien eine „Bananen-Republik“ werden, warnte Finanzminister Keating. Seit der Einbindung in die Weltwirtschaft kommt es nicht mehr darauf an, wie das Land sich selbst einschätzt, sondern darauf, wie es den internationalen Konkurrenzkampf besteht.

Australien ist im Modell der Weltwirtschaft ein Wirtschaftsraum mittlerer Größe mit semiperipherer Lage. Mit seinen 7,7 Mio km² ist das Land zwar weit von den traditionellen Zentren der Weltwirtschaft entfernt, aber es liegt relativ günstig zu den wachsenden Märkten des Pazifischen Beckens und Südasiens. Seit Beginn der nun 200jährigen Geschichte der Wei-

¹⁾ Z. B. Australia, Bureau of Industry Economics 1984; 1986a.

ßen auf dem Kontinent fehlte es an Kapital, Managererfahrung und Technologie (RICH 1987:46). Einerseits eröffnen sich viele Produktionsmöglichkeiten durch den Reichtum an mineralischen Rohstoffen (außer Erdöl), andererseits ergeben sich Einschränkungen durch die Trockenheit.

Mit 16 Mio Einwohnern erreicht die Größe des australischen Marktes gerade etwas mehr als ein Viertel des der Bundesrepublik Deutschland. Um in der Produktion ein Minimum an Wirtschaftlichkeit erzielen zu können, sind Exporte erforderlich. Doch die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bergbauprodukten ist durch die starke Konkurrenz von Entwicklungsländern sowie durch Schutzzölle, Produktsubstitution und Energiesparmaßnahmen der Industrieländer erschwert. Die *terms of trade* haben sich für Australien seit 1960 beträchtlich verschlechtert (Abb. 1). Das Problem liegt darin, daß die Exporte aus überwiegend unveredelten Produkten des primären Sektors bestehen und das Land beim zunehmenden Handel mit hochwertigen Industriegütern und Dienstleistungen nicht schritthalten kann. Darüber hinaus führt jedes starke wirtschaftliche Wachstum in Australien zu einem Anstieg der Importe, insbesondere bei Produktionsmitteln (Australia, Department of Trade 1987: XI).

Noch nach 1980 setzte man auf eine rohstofforientierte Erholung der Wirtschaft von den beiden Ölpreisschocks. Diese Hoffnung wurde jedoch bald zerstört; im Jahre 1982 war die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts gerade noch positiv. Seitdem die jetzige Labor-Regierung 1983 die Macht übernahm, war die wirtschaftliche Erholung durch die Notwendigkeit der Inflationsbekämpfung und durch niedrige Investitionsraten behindert. Zudem wird die australische Wirtschaft im Ausland seit der Freigabe des Dollar-Wechselkurses 1983 kritisch beurteilt.

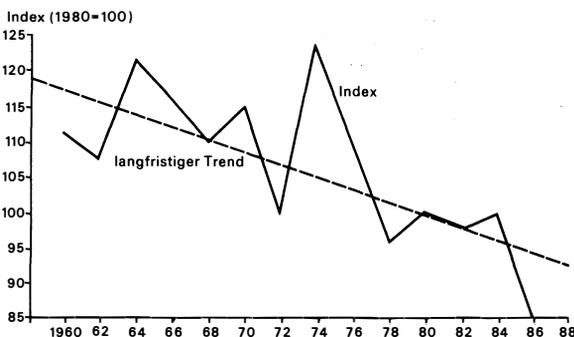


Abb. 1: Terms of Trade, Australien 1960–1988
 Quelle: Australian Manufacturing Council 1986, 4
 Terms of trade, Australia 1960–1988

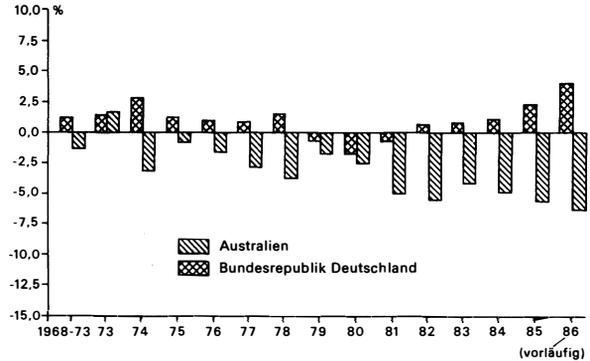


Abb. 2: Saldo der Leistungsbilanz in Prozent des Bruttosozialprodukts für Australien und die Bundesrepublik Deutschland 1968–1986

Quelle: Australia, Department of Trade 1987, 2

Current account balance as a percentage of gross domestic product, Australia and West Germany 1968–1986

Der Wert des Dollars ist inzwischen um mehr als ein Drittel gefallen.

Der Australien Manufacturing Council (1986: 5–6) weist darauf hin, daß Australien schon immer ein Land mit Leistungsbilanzdefiziten war. Sie betragen seit den vierziger Jahren im Durchschnitt 3% des Bruttosozialprodukts. In den letzten drei Jahren waren die Defizite jedoch doppelt so hoch (im Gegensatz zu Überschüssen in der Bundesrepublik, vgl. Abb. 2). Dieses schlechtere Abschneiden ist teilweise auf die seit 1980 fast immer negative Handelsbilanz zurückzuführen. Um den Dollar zu stützen und den Zufluß von ausländischem Kapital zu sichern, wurde ein im internationalen Vergleich hohes Zinsniveau beibehalten. Auf diese Weise verdreifachte sich in

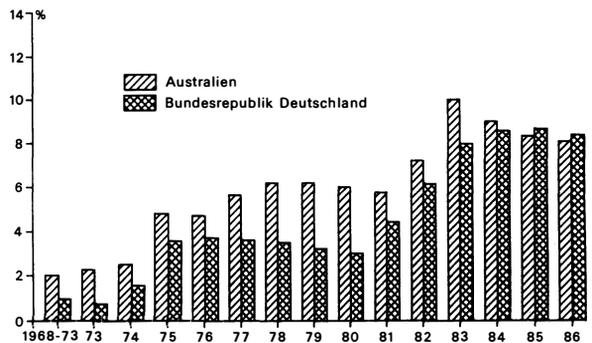


Abb. 3: Arbeitslosenraten, Australien und Bundesrepublik Deutschland 1968–1986

Quelle: Australia, Department of Trade 1987, 3

Unemployment rates, Australia and West Germany 1968–1986

den achtziger Jahren die Auslandsverschuldung. Ein Großteil der Kredite wurde von privater Seite aufgenommen, doch auch Regierungen bedienten sich im Ausland.

Trotz Haushaltsdefiziten, geringen Investitionen und hohen Inflationsraten in den achtziger Jahren konnte die Arbeitslosenquote seit 1984 von 10 auf 8% gesenkt werden. Sie liegt jetzt etwa so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland (Abb. 3), dabei ging die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 100 000 zurück. Gleichzeitig stieg die Beschäftigungsquote von 61 auf über 62%, was die Annahme nahelegt, daß auch versteckte Arbeitslosigkeit abgebaut wurde.

3. Die Entwicklung des produzierenden Gewerbes

3.1 Die Zeit vor 1980

Die zentrale Bedeutung des produzierenden Gewerbes in den fünfziger Jahren für den Ausgleich der Zahlungsbilanz schwand, als sich das nationale Interesse ab Mitte der sechziger Jahre den schnelleren Exportgewinnen aus der Bergbauerschließung zuwandte. Die Industrie war auf den Binnenmarkt ausgerichtet, nach außenhin massiv geschützt und überdies durch einen als Folge des Bergbau-Booms stark aufgewerteten Dollar benachteiligt. Räumlich konzentrierten sich die industriellen Aktivitäten hauptsächlich auf Sydney und Melbourne, wodurch sich große Probleme für die Bedienung der zersplitterten und abgelegenen Märkte auf dem Kontinent ergaben.

In den siebziger Jahren kämpfte das produzierende Gewerbe Australiens nicht nur gegen die Folgen aus den Ölpreisschocks, sondern zusätzlich gegen rasch steigende Arbeitskosten und gegen Importe einer erstarken Konkurrenz aus Asien. Die scherzhaft als „Viererbande“ bezeichnete Gruppe jungindustrialisierter Länder (Singapur, Hongkong, Taiwan, Südkorea) exportierte zuerst einfache und arbeitsintensiv herzustellende Güter wie Schuhe und Bekleidung. Doch später waren sie auch in der Lage, technisch anspruchsvollere Produkte, z. B. Autos oder elektronische Geräte, herzustellen. Ihr ursprüngliches Warenspektrum wird nun zusätzlich von einer anderen Gruppe von Entwicklungsländern angeboten, zu der Thailand, Malaysia, die Philippinen, Indonesien und Indien gehören. Deshalb sieht sich Australiens Industrie einer immer schwieriger und komplexer werdenden Konkurrenzsituation im pazifischen Raum gegenüber.

Da sich auch das Bevölkerungswachstum Australiens verringerte, verschlechterten sich die Aussichten für eine langfristige Vergrößerung des Binnenmarktes (LINGE 1979: 1409). Mit Ausnahme einer allgemeinen Reduzierung der Einfuhrzölle um 25% im Juli 1973 gab es kaum Anzeichen für eine Neuorientierung der Wirtschaft. Immerhin setzte sich die Ansicht durch, daß die Industrie Australiens, statt nur auf den eigenen Markt fixiert zu sein, in den Weltmarkt integriert werden müßte (RICH 1987: 50).

3.2 Die achtziger Jahre

Diese Einsicht kam zu spät, um eine Stagnation in den achtziger Jahren zu verhindern. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen fielen die Ergebnisse der Industrie bescheiden aus. Der sekundäre Faktor war der einzige Wirtschaftszweig, der von Mitte 1982 bis 1987 nichts zur Verbesserung der Beschäftigungssituation beitrug. Da er sogar 9,4% der Arbeitsplätze verlor, ging konsequenterweise auch sein Anteil an der Beschäftigung von 19 auf 16% zurück (Australia, Treasury 1987: 32-33).

Andere Entwicklungsparameter können nur bis 1984/85 verfolgt werden, da jüngere Zahlen nicht vorliegen. Sowohl der Umsatz als auch die Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe stiegen zwar nominal an, zeigen aber inflationsbereinigt nur ein

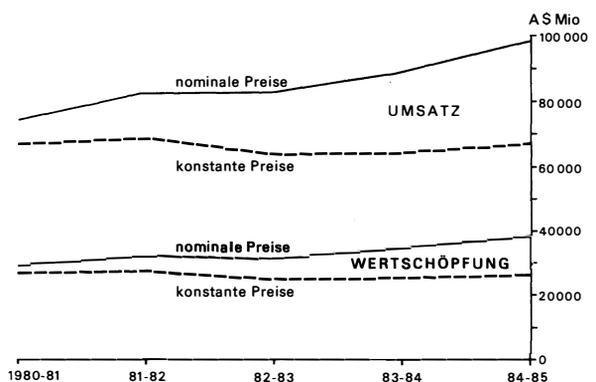


Abb. 4: Umsatz und Wertschöpfung der Industrie Australiens in nominalen und konstanten Preisen, Australien 1981-1985 (mit Ausnahme von Einbetriebs-Unternehmen mit weniger als vier Beschäftigten)

Quelle: Australian Bureau of Statistics (Hrsg.): Australian Manufacturing: Selected Statistics, No. 1. Canberra 1987 (Ref. 8216.0), 4

Turnover and value added at current and constant prices, manufacturing industry, Australia 1981-1985 (excludes single establishment enterprises employing fewer than four persons)

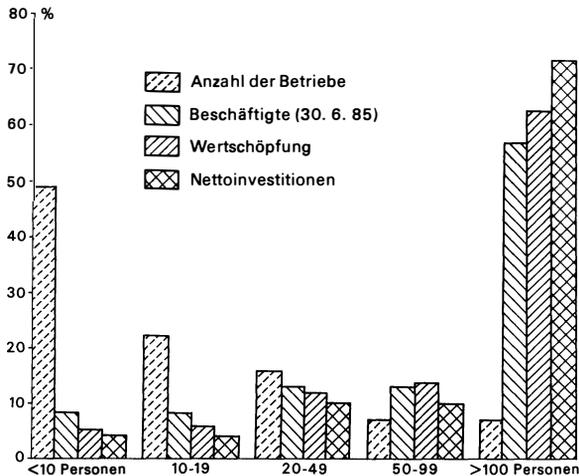


Abb. 5: Anteil der Betriebsgrößengruppen an der Zahl der Betriebe, den Arbeitsplätzen, der Wertschöpfung und der Nettoinvestition in der Industrie Australiens 1985 (mit Ausnahme von Einbetriebs-Unternehmen mit weniger als vier Beschäftigten)

Quelle: Australian Bureau of Statistics (Hrsg.): Manufacturing Establishments: Selected Items of Data Classified by Industry and Employment Size. Canberra 1986 (Ref. 8.204.0), 3

Contributions by employment size to number of establishments, employment, value added and fixed capital expenditure, manufacturing industry, Australia 1985 (excludes single establishment enterprises employing fewer than four persons)

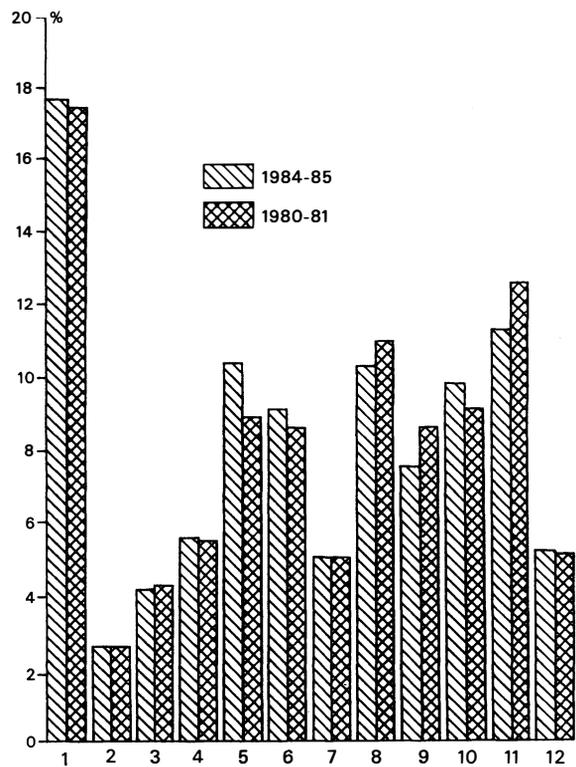
geringes reales Wachstum (Abb. 4). Die Investitionsausgaben waren nominal sehr schwankend, gingen real jedoch zurück. Die Zahl der Betriebe mit vier und mehr Beschäftigten veränderte sich kaum von 27681 (1981) auf 27611 (1985)²⁾. Berücksichtigt man die abnehmenden Beschäftigungszahlen, so läßt sich aus der konstanten Zahl an Betrieben eine Verringerung der Belegschaft pro Betrieb errechnen.

Kennzeichen der Industrie Australiens sind nach wie vor räumliche Ungleichgewichte, eine starke räumliche Zersplitterung bei einer geringen Marktgröße und insgesamt kleine Betriebsgrößen (GROTZ 1985: 29-31). Im Jahre 1985 hatten 49% der 27611 Betriebe 4-9 Beschäftigte, 22% kamen auf 10-19, 16% beschäftigten 20-49 und jeweils 7% hatten 50-99 bzw. 100 und mehr Beschäftigte. Der weitaus

²⁾ Außer den Betrieben mit vier und mehr Beschäftigten gab es 1985 in Australien weitere 14 223 kleinere Betriebe mit insgesamt 29 442 Beschäftigten (Australian Bureau of Statistics (Hrsg.): Manufacturing Establishments, Summary of Operations by Industry Class, Canberra; Ref. 8202.0).

größte Teil der Unternehmen gehört also der Kategorie der Klein- und Kleinstbetriebe an (WADLEY 1986: 77). Abb. 5 zeigt die für eine solche Struktur typische wirtschaftliche Konzentration. Auf nur 7% der Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten kommen bereits 57% der Arbeitsplätze, 63% der Wertschöpfung und sogar 72% des Anlagevermögens. Im Jahre 1986 erzielte nur 1% aller Industrieunternehmen Umsätze in Höhe von über A\$ 50 Mio.

LINGE (1987: 157-160) vermutet, daß Australiens Industrie letztendlich von nur 300-400 „Organisationen“ gesteuert wird. Darunter sind zahlreiche



1 Nahrungs- und Genußmittelindustrie 2 Textilindustrie
3 Bekleidungs- und Schuhindustrie 4 Holz- und Holzverarbeitende Industrie 5 Papier- und Druckindustrie 6 Chemische und Kunststoffindustrie 7 Glas- Porzellan- und Baustoffindustrie
8 Metallerzeugung 9 metallverarbeitende Industrie
10 Fahrzeugbau 11 Anlagen- und Maschinenbau, Elektroindustrie
12 sonstige Industrie

Abb. 6: Wertschöpfung nach Industriezweigen in der Industrie Australiens 1980/81 und 1984/85 (ohne Betriebe mit weniger als vier Beschäftigten)

Quelle: Australian Bureau of Statistics (Hrsg.): Australian Manufacturing: Selected Statistics, No. 1. Canberra 1987 (Ref. 8216.0), 4

Value added by industry sub-divisions, manufacturing industry, Australia 1980-81 and 1984-85 (excludes establishments employing fewer than four persons)

transnational operierende Gesellschaften, die knapp ein Drittel der Wertschöpfung kontrollieren. Großbritannien stellte 1983 mit 12,7% des ausländischen Besitzes den größten Anteil, dicht gefolgt von den USA mit 12,2%. Dabei ist Auslandskapital besonders häufig in kapitalintensiven und technologisch fortschrittlichen Bereichen vertreten, vor allem im Chemiesektor, Automobilbau und in der Metallverarbeitung.

Auch die Investitionen australischer Firmen im Ausland sind bedeutsam. Bis 1983 wurden etwa A\$ 800 Mio hauptsächlich in Neuseeland, Europa, Nordamerika und Japan angelegt. Bei Investitionen in asiatischen Entwicklungsländern möchte man an den niedrigen Produktionskosten teilhaben, um Exportvorteile zu erlangen.

Im Zeitraum 1980-1985 gab es einige Verschiebungen zwischen den Industriezweigen (Abb. 6). Gemessen an der Wertschöpfung konnte die Nahrungsmittelindustrie ihre führende Position sogar weiter ausbauen. Relative Gewinne gab es auch in der Papier- und Druckindustrie, bei der chemischen Industrie und beim Fahrzeugbau. Dagegen erlitten

stärkere Bedeutungsverluste die Metallherzeugung und -verarbeitung sowie der Anlagen-, Maschinenbau und die elektrotechnische Industrie. Die übrigen Branchen hielten während der fünf Jahre etwa ihre Position.

Auf der räumlichen Ebene begünstigte der starke Ausbau der Rohstoffverarbeitung die Entwicklung der peripher gelegenen Bundesstaaten Western Australia und Queensland auf Kosten der Kernräume in New South Wales und Victoria (Tab. 1). New South Wales konnte zwar seine führende Stellung in allen Punkten behaupten, hatte aber 1985 nur noch 8000 Beschäftigte mehr als das zweitplatzierte Victoria. In den Jahren 1981-1985 nahmen die Beschäftigtenzahlen nur in wenigen Gebieten zu, die Arbeitsplatzverluste überstiegen in den großen Agglomerationen sogar den nationalen Durchschnittswert (Abb. 7). Bei der Wertschöpfung waren die Wachstumsraten in Victoria, Queensland und im Australian Capital Territory höher als im Durchschnitt. Allerdings erwartet O'CONNOR (1987), daß sich zukünftig die wirtschaftlichen Wachstumskräfte wieder auf die alten Industriezentren zurückverlagern werden.

Tabelle 1: Betriebe, Beschäftigte und Wertschöpfung der Industrie Australiens und ihre Veränderung 1981-1985*)

Establishments, employment and value added in manufacturing industries in Australia 1981-1985

Bundesstaaten	Anzahl der Betriebe		Anzahl der Beschäftigten		Wertschöpfung in Mio. A\$	
	1981	1985	1981	1985	1981	1985
New South Wales	10 334	10 218 (- 1%)	436 239	364 805 (- 16%)	10 882	14 060 (+ 29%)
Victoria	8 726	8 499 (- 3%)	391 489	356 687 (- 9%)	9 512	13 154 (+ 38%)
Queensland	3 291	3 392 (+ 3%)	116 115	109 940 (- 5%)	3 049	4 386 (+ 41%)
Western Australia	2 426	2 451 (+ 1%)	68 870	64 242 (- 12%)	1 877	2 513 (+ 34%)
South Australia	2 131	2 196 (+ 3%)	104 755	92 205 (- 7%)	2 387	3 095 (+ 29%)
Tasmania	558	575 (+ 3%)	26 528	24 494 (- 8%)	713	938 (+ 31%)
Northern Territory	98	137 (+ 40%)	2 651	2 645 (+ 0%)	96	129 (+ 35%)
Australian Capital Territory	117	143 (+ 22%)	3 316	3 430 (+ 3%)	77	113 (+ 47%)
Australien	27 681	27 611 (- 3%)	1 149 936	1 018 448 (- 11%)	28 594	38 387 (+ 34%)
Ingesamt						

*) Die Zahlen in Klammern geben die prozentuale Veränderung 1981-1985 wieder.

Quelle: Australian Bureau of Statistics: Manufacturing Establishments, Details of Operation by Industry Class. Canberra (Ref. 8203.0), versch. Jahre

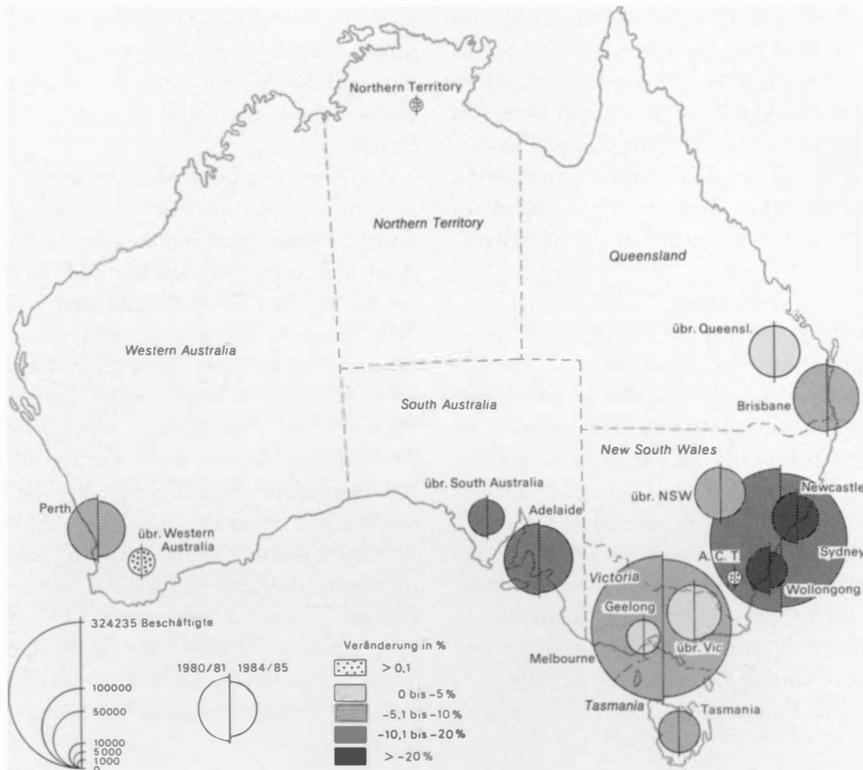


Abb. 7: Beschäftigung in der Industrie Australiens 1980/81–1984/85

Employment in manufacturing industries, Australia 1980/81–1984/85

4. Staatliche Maßnahmen zur Förderung der Industrie

Im folgenden werden die Grundlinien der Maßnahmen vorgestellt, mit denen Bundes- und Staatsregierungen die speziellen Probleme der Industrie zu bessern versuchen. Makroökonomische Entscheidungen obliegen in Australien in der Regel zentral dem Commonwealth, d. h. der Bundesregierung, während die einzelnen Bundesstaaten dezentral für Maßnahmen auf der Mikroebene verantwortlich sind. Manche Regierungen bevorzugen eine Politik, die ihre Aufgabe mehr darin sieht, ein günstiges Klima für die Entwicklung des gewerblichen Sektors zu schaffen, als darin, gezielt in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen.

4.1 Maßnahmen der Bundesregierung

In einem Grundsatzpapier der Australian Labor Party (1986: 184) wird bekräftigt, daß für das Land eine breite Basis industrieller Aktivitäten und Fertigkeiten unverzichtbar sei. Gleichzeitig verlangt die Partei eine signifikante Steigerung der Effizienz, internationale Konkurrenzfähigkeit und Export-

orientierung. Hauptziel der Bundespolitik ist das Wachstum neuer und bereits bestehender Industrien. Bei allen Maßnahmen dürfen jedoch menschliche und soziale Aspekte sowie damit verbundene Folgekosten nicht vernachlässigt werden.

In der Vergangenheit kamen entscheidende Hilfen für die Industrie von der Bundesregierung in Canberra, weil sie mittels ihrer Finanz- und Steuerpolitik über geeignete Instrumente verfügt. Die OECD (1987: 81–85) stellte in ihrer jüngsten Analyse fest, daß die Nachkriegsentwicklung in hohem Maße von öffentlichen Interventionen geprägt war. Dies äußerte sich vor allem durch die Förderung von Importsubstitutionen und Importbeschränkungen. Die Schutzzollpolitik war jedoch umstritten. Bereits der Vernon-Bericht (Australia, Parliament 1965) kritisierte ihre selektive Handhabung und seither ist die Diskussion über den Protektionismus nicht mehr verstummt.

Die generelle Reduzierung aller Schutzzölle um ein Viertel im Jahre 1973 geschah in einer Zeit abnehmender internationaler Konkurrenzfähigkeit, wachsender Importe und höherer Arbeitslosigkeit. Um letztere nicht noch mehr ansteigen zu lassen, gab es in der Folgezeit einige befristete Hilfsmaßnahmen,

z. B. Einfuhrkontingente und -genehmigungen, aber sie dienten lediglich der Förderung ohnehin hochgeschützter Industrien. Der Schutz verteuerte die Produkte der begünstigten Industrien und dieser Effekt übertrug sich über Zulieferbeziehungen auch auf andere Wirtschaftszweige. In drei Untersuchungsberichten der späten siebziger Jahre³⁾ wurde deshalb für eine Reduzierung der Schutzzölle plädiert. Sie schlugen eine langsame strukturelle Anpassung vor, in deren Verlauf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Grenzen gehalten werden sollten. Die Zölle wurden mehrmals überprüft und 1982/83 lagen der Durchschnitt und der Medianwert für effektive Schutzzölle bei 25 bzw. 14 %, während es zu Beginn der siebziger Jahre noch 36 und 37 % gewesen waren (OECD 1987: 82).

Nach Ansicht der OECD (1987: 82–85) besteht die wichtigste Kursänderung der gegenwärtigen Politik in der Bereitschaft, Übergangshilfen nur solchen Industrien zu gewähren, die Aussichten auf Wachstum besitzen. Dadurch soll sich die internationale Konkurrenzfähigkeit verbessern, selbst wenn dies über längere Zeit hinweg Schutzmaßnahmen erforderlich macht. Nach intensiven Gesprächen zwischen Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften entstanden Programme, die Mittel für die Fortbildung und die Umsetzung von Arbeitskräften vorsehen, Managementhilfen geben sollen sowie die Steigerung von Investitionen und Produktivität anstreben. Die ersten Programme dieser Art gab es im Schiffbau und in der Stahlindustrie, gefolgt von der Fahrzeug-, Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie, dem Schwermaschinenbau sowie der Kommunikationsgeräte- und Zuckerindustrie.

Obwohl es der Bundesregierung von der Verfassung her untersagt ist, spezielle Standorte auf Kosten anderer zu fördern, fielen in den ersten beiden Branchen die Auswirkungen der Eingriffe räumlich ungewöhnlich konzentriert aus. Wegen dieses Verbots gibt es in Australien kaum Beispiele für eine regional ausgerichtete Wirtschaftspolitik, wie sie für viele Länder Europas typisch ist (YUILL a. ALLEN 1986).

Die neuen Schutzmaßnahmen sind ein umfassendes System von Einfuhrkontrollen, Kontingenten, Preispolitik, Subventionen, Vorzugsbehandlungen und Wettbewerbsbeschränkungen (Australian Bureau of Industry Economics 1986: IX). Sie sind nach außen nicht so deutlich sichtbar und rufen international

weniger Kritik hervor. RICH (1987: 51) weist darüber hinaus auf Dumpingzölle, differenzierte Verkaufssteuern, Importverbote für bestimmte Waren und besondere Bedingungen für Regierungsaufträge hin. Außerdem ist ein Trend hin zu direkten finanziellen Hilfen festzustellen. Die Subventionen wurden 1985 um 30 % auf ca. A\$ 260 Mio erhöht, im Haushaltsplan für 1987 waren sogar A\$ 312 Mio vorgesehen (Australia, Parliament 1987: 32).

Die Freigabe des Dollarkurses und die Liberalisierung des Bankwesens waren wichtige finanzpolitische Schritte auf dem Weg zu einem freieren Wettbewerb. Die Regierung nahm eine erhebliche Abwertung des Dollars in Kauf, weil sie sich dadurch die Förderung exportorientierter Industrien erhoffte. Gleichzeitig wurden die öffentlichen Ausgaben gekürzt, und falls es der Regierung gelingt, den Kapitalmarkt weniger zu belasten, müßten die Zinsen sinken und damit die Chancen für Investitionen steigen.

Verschiedene steuerpolitische Maßnahmen sollen mehr Privatinitiative wecken und die Modernisierung der Industrie durch Produkt- und Verfahreninnovationen fördern. Sogar die Einkommensteuer auf Dividenden wurde abgeschafft, was ein verstärkter Anreiz für Kapitalanlagen in Industrie und Bergbau sein mußte. Tatsächlich gab es einige Aktionen von in- und ausländischen Investoren. Aber ein großer Teil des Geldes floß in Firmenübernahmen und -zusammenschlüsse im Dienstleistungsbereich, z. B. in neue Mediengruppen. Große Investitionen in der Industrie kamen seltener vor. Offensichtlich werden die langfristigen Wachstums- und Gewinnaussichten des im Weltmaßstab kleinen sekundären Sektors immer noch skeptisch eingeschätzt.

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt die Regierung den Rückstand der High-Tech-Industrie in Australien. Entsprechend den Empfehlungen eines Reports der Australian Academy of Technological Sciences (1983) bemühte man sich, einen Markt für Risikokapital zu schaffen. In den Hauptstädten der Bundesstaaten wurden Management Investment Companies gegründet, die das Risikokapital für kleinere Firmen zur Verfügung stellen.

Mit der Einrichtung des National Industry Extension Service (NIES), einem gemeinsamen Projekt von Bundesregierung und Bundesstaaten, wurde 1986 eine Institution geschaffen, die von größeren Städten aus Firmen berät, auf welche Weise sie ihre Kosten senken und ihre Leistungsfähigkeit durch Planung, Marketing, Design, neue Produktionsverfahren und Organisationsstrukturen (z. B. flexible Fertigungssysteme, Just-in-time-Anlieferung) sowie durch Qualitätskontrollen steigern können. Es wäre

³⁾ Australia, Committee to Advice on Policies for Manufacturing Industry, 1975/76; Australia, Parliament, 1977; Australia, Study Group on Structural Adjustment, 1979.

verfrüht, die Erfolge dieses Projekts zu bewerten, aber NIES scheint das „vernetztes Denken“ in den Firmen und den Informationstransfer zu fördern, und dies ist in dem für die Industrie immer komplexer werdenden Entscheidungsfeld von fundamentaler Bedeutung.

4.2 Die Maßnahmen der Bundesstaaten

Die größeren Staaten New South Wales und Victoria besitzen seit mehr als zwanzig Jahren einflussreiche Industrieministerien, während die anderen Mitglieder des Commonwealth erst vor kurzem entsprechende Organisationsstrukturen geschaffen haben. Heute herrscht ein großer Wettbewerb unter den Staaten, denn es gibt eine Vielzahl potentieller Industriestandorte mit genügend finanziellen Anreizen für neue Investitionen aus dem In- und Ausland, so daß u. U. sogar Verlagerungen bereits bestehender Produktionseinrichtungen in ein anderes Bundesland lukrativ erscheinen.

Die von Staat zu Staat unterschiedlichen Fördermaßnahmen sind vom Australian Bureau of Industry Economics (1985b) in einem ziemlich vollständigen Katalog veröffentlicht worden. Er enthält: finanzielle Hilfen, Bereitstellung von Gebäuden und Grundstücken, Ermäßigungen bei der Grund- und Lohnsummensteuer, Zuschüsse für Standortverlagerungen und Umzüge von Personal, Transportkostenermäßigungen, billigere Strom- und Treibstoffkosten sowie weitere Subventionen.

Anreize dieser Art bieten die im Osten gelegenen Staaten seit vielen Jahren. Aber inzwischen ist der „Markt“ für die Lokalisierung von Industrieinvestitionen voll entwickelt; deshalb versuchen die einzelnen Staaten, ihre Angebote zu differenzieren. Obwohl die leistungsfähigen Staaten New South Wales und Victoria große Mittel für die Förderung bereitstellen, gab es kaum öffentliche Diskussionen über das gegenseitige Ausspielen der Staaten untereinander⁴⁾. Anscheinend ist in der Öffentlichkeit die Ansicht weit verbreitet, daß jeder Staat ein eigenes Industrie- oder Entwicklungsministerium braucht,

um „konkurrenzfähig“ oder „fortschrittlich“ zu sein. Die Frage nach der Subventionierung von in- oder ausländischen Privatinteressen durch Steuererlöse wird nicht oft gestellt (BLAIR u. a. 1984).

Einige Staaten bemühen sich seit 1983 um effizientere Fördermaßnahmen. Angesichts eines offensichtlich überholten Maßnahmenkatalogs überrascht dies kaum. Queensland beispielsweise stoppte die Gründung und den Ausbau weiterer staatlicher Industrieparks, von denen 62 in den letzten 25 Jahren gegründet worden waren. Jetzt diskutiert man ihre Privatisierung, aber einige dieser Parks sind nur teilweise ausgelastet und wahrscheinlich solange für private Betreiber uninteressant, bis sie auch für Dienstleistungsbetriebe zugänglich sind.

In Victoria fiel 1984 die Entscheidung für eine völlig neue Entwicklungsstrategie. Es werden nur noch solche Aktivitäten unterstützt, die Wachstumsaussichten besitzen (McCOMBIE a. RICHARDSON 1987: 4). Angesichts der verminderten Investitionsbereitschaft und der industriellen Stagnation wurden während der achtziger Jahre in allen Staaten die bislang vorrangigen Ziele der „Dezentralisierung“ und der „ausgewogenen Entwicklung“ aufgegeben (GROTZ 1982: 92–100). Man erkannte, daß Wirtschaftssysteme eben am besten in der Nähe nationaler oder internationaler Zentren funktionieren und daß eine Streuung der knappen Fördermittel u. U. eine Verschwendung wäre. Dezentralisierungsmaßnahmen können nur gefördert werden, wenn die natürliche Ausstattung des Standortraumes Wettbewerbsvorteile bietet.

Dies bedeutet jedoch nicht die völlige Aufgabe räumlicher Aspekte in der Wirtschaftsplanung. In den vergangenen drei Jahren gab es auf der regionalen und lokalen Ebene eine Reihe von Initiativen. Meist handelt es sich um Programme, die in ländlichen Gebieten eine Abwanderung der Bevölkerung verhindern und verlorengegangene Arbeitsplätze in traditionellen Industrien ersetzen sollen. Aktivitäten dieser Art gehen in der Regel von einer regionalen Bestandsaufnahme aus und tasten danach mögliche Märkte ab. Darauf aufbauend wird ein Entwicklungsplan für solche Wirtschaftszweige vorgeschlagen, die Wettbewerbsvorteile versprechen. Obwohl es erst wenige Ansätze dieser Art gibt, könnte diese „Planung von unten“ wirksamer sein als die bisherige „Planung von oben“, weil die betroffene Bevölkerung durch ihre Beteiligung ein wacheres Bewußtsein für ökonomische und planerische Zusammenhänge entwickelt.

Um die Möglichkeiten im Bereich der Hochtechnologie besser auszunutzen, haben einige Staaten

⁴⁾ Das Australian Bureau of Industry Economics (1985b: 145–151) kritisierte einige Bundesstaaten, weil sie im eigenen Staate ansässige Unternehmen bei staatlichen Aufträgen gegenüber Bewerbern aus anderen Staaten bevorzugten. Andererseits erheben einige Bundesstaaten eine Lohnsummensteuer, die im Grunde ein Anreiz ist, keine zusätzlichen Arbeitskräfte einzustellen.

aufbauend auf Angeboten der Bundesregierung eigene Strategien zur Technologieförderung entwickelt. Die Regierung von Victoria kündigte Maßnahmen zur Entwicklung neuer Industrien und Produkte auf der Basis von Forschungsschwerpunkten des Staates in den Bereichen Landwirtschaft, Biotechnologie und medizinischer Technologie an (BERNASEK 1986: 26). New South Wales will einen State Development Council einrichten, um die Exportleistung, Wettbewerbsfähigkeit und den technologischen Standard bestimmter Industriezweige zu verbessern.

In solchen Vorstößen spiegelt sich die Einsicht der Staatsregierungen wider, daß es heute nicht mehr genügt, Investoren außerhalb des Staates zu suchen, sondern daß die Förderung der eigenen wirtschaftlichen Potentiale auf lange Sicht erfolversprechender ist. Außerdem wurde die Errichtung von Technologieparks in Angriff genommen. Nach JOSEPH (1986: 35) gibt es ungefähr 20 solcher Parks, aber die Chancen für weitere Gründungen scheinen bei der derzeitigen Marktlage gering. Außerdem finanzierten Bundes- und Staatsregierungen gemeinsam Innovationszentren, und in verschiedenen Staaten wurden Gründerzentren für junge Unternehmen eingerichtet. Aber ebenso wichtig und wiederum ein Beispiel für „Aktivitäten von unten“ ist die zunehmende Anzahl von sog. „venture clubs“, wo Investoren, Erfinder und Berater ihre Ideen austauschen können. Staatsregierungen fördern solche Initiativen, denn sie sehen die Gefahr einer geringen technologischen Leistungsfähigkeit in Volkswirtschaften, die stark von ausländischen Firmen bestimmt sind (HAYTER 1982). Daher wird auch bewußt der Technologietransfer von Universitäten und Colleges in die einheimische Wirtschaft unterstützt.

5. Die Diskussion über die Zukunft der Industrie

Die Vorstellungen über die Zukunft der Industrie Australiens reichen von einer vollkommenen Isolierung bis hin zu einer rückhaltlosen Internationalisierung (RICH 1987: 72). Die erste Meinung wird von Politikern der Linken und einigen industriellen Interessengruppen vertreten, die einen stärkeren Schutz gegenüber der ausländischen Konkurrenz verlangen. Die derzeitige Haltung offizieller Stellen liegt näher bei der anderen Position und kann als „kontrolliert internationalistisch“ bezeichnet werden. Zu dieser Einstellung haben eine Reihe von Studien beigetragen, von denen die wichtigsten vorgestellt seien.

5.1 Die Sicht des Australian Manufacturing Council

Der *Australian Manufacturing Council* ist eine Dachorganisation für elf Beratungsgremien in Industrieangelegenheiten. Sein 1984 eingerichtetes Büro soll in industriepolitischen Fragen beraten und als Forum für Regierung, Industrie und Gewerkschaften dienen. Ende 1986 veröffentlichte der Council in 25 000 Exemplaren⁵⁾ einen Bericht mit dem Titel „Richtlinien für die zukünftige Entwicklung der australischen Industrie. Ein umfassender Rahmenplan“. Darin sprechen sich die Autoren klar dafür aus, das produzierende Gewerbe besser in die nationale und internationale Wirtschaft zu integrieren. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Importe und Exporte bestehen mittelfristig kaum Aussichten auf eine Verbesserung der *terms of trade* und damit wenig Chancen, an der schlechten Zahlungsbilanz und der hohen Auslandsverschuldung etwas zu ändern (Australian Manufacturing Council 1986: VI).

Um höhere Wachstumsraten bei den Einkommen und der Beschäftigung zu erzielen, müssen die Unternehmen versuchen, den Anteil ihrer Exporte zu erhöhen.

Dies ist aber nur möglich, wenn sich der Anteil höherwertiger Tätigkeiten und Produkte vergrößert (Australian Manufacturing Council 1986: 31). Mehrere Maßnahmen können diese Strategie unterstützen:

1. Wachstumssteigerung: Eine generelle Nachfrageerhöhung soll hohe Wachstumsraten bei gleichzeitig niedriger Inflation gewährleisten. Eine größere Sparquote würde die Kapitalbildung erhöhen, was sich stabilisierend auf die Zinsen auswirkt.
2. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit: Die Stärken des Landes liegen in rohstoffintensiven Industrien sowie in Bereichen, die besondere Fertigkeiten und Technologien verlangen. Preisstützungen und andere Maßnahmen sollen den auf einheimischen Rohstoffen basierenden Industrien Zugang zu den preisumkämpften Weltmärkten für landwirtschaftliche und bergbauliche Produkte erleichtern. Voraussetzungen hierfür sind ein effizienter Anlagenbau mit Wartungs- und Reparaturdiensten sowie Zuverlässigkeit und hohe Qualität bei der Belieferung der Weltmärkte. Industrien mit einem hohen Einsatz von Techno-

⁵⁾ In Australien ist eine hohe Auflage für eine Publikation dieser Art sehr ungewöhnlich. Eine Sammlung von Beiträgen zur Veröffentlichung des Australian Manufacturing Council ist 1987 im Bd. 18/2 des Australian Geographer erschienen.

logie und Know-how benötigen Möglichkeiten zur Weiterbildung ihrer Arbeitskräfte und des Managements, sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Marketings und der Produktentwicklung.

3. Infrastruktur: Die Versorgung mit Dienstleistungen in den Bereichen Transport, Kommunikation, Energie, Erziehung und Ausbildung muß verbessert werden.

5.2 Der Wiederaufbau Australiens

So lautet der Titel einer Monographie, die im Juli 1987 das australische Handelsministerium veröffentlichte. Darin geht es um die Ergebnisse einer Reise von Mitgliedern des australischen Gewerkschaftsbundes (ACTU) und der Handelskommission (TDC) nach Großbritannien, Österreich, Schweden, Norwegen und in die Bundesrepublik Deutschland. Die Delegation interessierte sich für folgende Punkte: Analyse der Beziehungen zwischen Regierung, Industrie und Gewerkschaften; Erfahrungen bei der Gestaltung der Handelspolitik; Beurteilung der Einflüsse von Bildung, Technologie, Arbeitsorganisation und Produktivität für die internationale Wettbewerbsfähigkeit; die Rolle der Gewerkschaften im Wirtschaftsprozeß.

Die Veröffentlichung löste eine lebhafte Diskussion in der Presse aus. Dabei wurde immer wieder auf die wichtigsten Erfahrungen aus Europa hingewiesen: Enge Beziehungen zwischen kleinen und großen Firmen, regionale Schwerpunktprogramme, Umstrukturierung durch Einsatz der Ergebnisse von Forschung und Entwicklung und schließlich eine abwägende Haltung gegenüber Investitionen aus dem Ausland, die einen möglichst großen Vorteil für die heimische Wirtschaft erbringen sollen.

ACTU und TDC sehen ähnlich wie der Australian Manufacturing Council in der Öffnung zur Weltwirtschaft den richtigen Weg zur Lösung der Probleme. Dazu werden branchenspezifische Anpassungspläne z. B. für die Stahl- und Schwerindustrie vorgeschlagen, weil solche Programme überschaubar und zeitlich begrenzt sind. Beide Organisationen betonen, wie wichtig gezielte, lokal und regional wirksame Maßnahmen sind.

5.3 Andere Standpunkte

Australische Wissenschaftler beteiligten sich an der jüngsten Diskussion über die Lage der Industrie sehr lebhaft. Der Wirtschaftswissenschaftler M. BERNASEK (1986) aus Sydney schrieb, daß es bisher nicht gelungen sei, aus dem Teufelskreis von Arbeitslosig-

keit, Protektionismus und veralteten Produktionsstrukturen auszubrechen. Eine Industriepolitik, die auf mehr Innovationen und stärkere Exportorientierung abhebe, werde durch den Protektionismus neutralisiert. Australien habe nur Nachahmer, jedoch keine Innovatoren hervorgebracht.

Die öffentliche Diskussion dieser düsteren Analyse bewirkte, daß der Technologie inzwischen größere Bedeutung beigemessen wird. Staatliche Anreize brachten Forschung und Entwicklung in den Firmen voran und Exportzuschüsse förderten kleine und mittlere Betriebe. Die makroökonomischen Kräfte hatten aber weitaus positivere Wirkungen. Die starke Abwertung des Dollars 1985/86 war für den Umstrukturierungsprozeß von unschätzbarem Wert, weil sie die Exporte aus Australien enorm verbilligte, was sich insbesondere multinationale Unternehmen zunutze machten (BERNASEK 1986: 28). Die Exporte des produzierenden Gewerbes (ohne Zivilflugzeuge) stiegen im Wirtschaftsjahr 1986/87 nominal um 25%; dadurch wuchs sein Anteil am Gesamtexport von 18,5 auf 21,5% (Australia, Treasury 1987: 1). Dennoch liegt auch diese höhere Zahl weit hinter den Werten vergleichbarer Länder wie Schweden, Neuseeland oder Kanada zurück.

BERNASEK (1986: 30–31) arbeitete einen fünf Punkte umfassenden Plan für eine kontinuierliche Umstrukturierung und Steigerung des Exports aus:

1. Die Umstrukturierung muß als vorrangiges nationales Ziel anerkannt werden, auch wenn dies zunächst vielleicht negative Auswirkungen auf den Lebensstandard nach sich ziehen wird.
2. Alle Teilbereiche der Industriepolitik müssen besser koordiniert werden.
3. Die Haltung gegenüber Innovationen und Schutzzöllen muß verändert werden, weil die Zukunft auf den Märkten in Übersee liegt.
4. Arbeitskräfte und Gewerkschaften müssen ihre Positionen radikal verändern: Lohnerhöhungen setzen Produktivitätssteigerungen voraus.
5. Alle Beteiligten müssen mehr Verständnis für vorausschauendes und unternehmerisches Denken aufbringen. Tagesprobleme dürfen nicht vom langfristigen Ziel einer Umstrukturierung der Wirtschaft ablenken.

6. Ausblick

Niemand spricht mehr, wie noch in den siebziger Jahren, von einer „Rezession“ und kaum jemand glaubt noch an eine konjunkturelle Erholung der alten Industriestruktur von vor 1974. Die Vorgänge auf den internationalen Märkten riefen unwiderrufliche Ver-

änderungen hervor. Die Wachstumsraten sind zurückgegangen und Rationalisierungen ermöglichen Produktionszuwächse auch ohne die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Diskussion zeigt, wie schwierig es ist, neue Wege zu finden und sie politisch durchzusetzen. Traditionelle politische Instrumente erwiesen sich als unzureichend und bewährte Lösungen, z. B. die Verstärkung ausländischer Investitionen, werden kritisch hinterfragt, denn man erkennt zunehmend, daß multinationale Unternehmen nicht unbedingt die nationalen Ziele Australiens im Auge haben.

WILDE (1986: 38) behauptet: Weil Australien in bezug auf Handel, Technologie und Investitionen einen abhängigen, semiperipheren Status besitzt, hat es wenig Entscheidungsspielraum bei seiner Anpassung. Einige Studien behaupten, daß die Industrie durch eine von (multinationalen) Konzernen angeführte Exportinitiative aus der gegenwärtigen Krise geführt werden könnte. Vieles wird jedoch von den langfristigen Zielen der führenden Unternehmen abhängen. Teilweise wurde die Freigabe des Währungskurses auch falsch verstanden. Weil in- und ausländische Firmen Zweigbetriebe im Ausland errichteten, gab es sogar Kapitalabfluß.

Das Schlimmste ist also nicht überstanden, und es ist bis jetzt unklar, ob die Strategie der Exportförderung aufgeht. D. POTTS äußerte sich in einem Artikel im „Australian“ vom 15. August 1987 sehr skeptisch. Er vermutet, daß transnationale Gesellschaften wie Mitsubishi oder Philips durch ein tiefsitzendes Gefühl der Unsicherheit über die langfristige Entwicklung des Dollarkurses, die Höhe der Steuern und die Unsicherheit des Arbeitsfriedens davon abgehalten werden, ihre Produktion auszuweiten und Australien als Exportbasis zu nutzen. Ein erneutes Anziehen des Dollarkurses würde die Exporte verteuern und die Unternehmen würden wie in den siebziger Jahren unter Überkapazitäten leiden, nachdem sie große Summen in neue Anlagen investiert hätten.

Ein solcher Kursanstieg könnte sich durch eine Erhöhung der Preise für mineralische Rohstoffe ergeben. Höhere Löhne im Bergbau- und Energiesektor übertrugen sich in vergangenen Jahren rasch auf das produzierende Gewerbe. Wie POTTS bemerkt, müßte die Rohstoffwirtschaft eingeschränkt werden, wenn Australien seine Industrie entscheidend ausbauen will. Diese Entscheidung über die Präferenz zwischen dem primären und sekundären Sektor ist schicksalhaft für die Zukunft des Kontinents, denn es könnte die Wahl sein zwischen einem Erste Welt- oder Dritte Welt-Status. Für die unmittelbare Zukunft liegen Australiens wirtschaftliche Stärken zweifellos in seinen Rohstoffen, aber deren kapitalintensive Gewinn-

nung, die zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig ist, schafft nicht genügend Arbeitsplätze, um einer wachsenden Bevölkerung einen akzeptablen Lebensstandard bieten zu können.

Der andere Weg über das produzierende Gewerbe hängt entscheidend von der Entwicklung des Dollarkurses ab. Bei dem gegenwärtigen niedrigen Stand wurde tatsächlich eine beträchtliche Anzahl ausländischer Investitionen im Dienstleistungssektor getätigt. Der Finanzminister sah sich sogar im September 1987 gezwungen, Maßnahmen gegen den zunehmenden Erwerb von Wohneigentum durch Ausländer zu ergreifen. Der abgewertete Dollar hatte die Spekulation mit günstigen Anlagen entfacht, und man befürchtete schwere Folgen für das soziale Gefüge des Landes.

Länder mit starken Währungen müssen ihre Chancen auf dem Weltmarkt mit ihrem technologischen Vorsprung sowie der kontinuierlichen Weiterentwicklung ihrer Produkte suchen. Eine Vorreiterrolle schafft schon deshalb günstigere Voraussetzungen, weil es immer leichter ist, völlig neue oder abgewandelte Produkte zu vermarkten, für die neue Bedürfnisse geweckt werden können. Für ausgereifte Produkte wird es unter den neu industrialisierten Ländern einen zunehmenden schärferen Wettbewerb geben. BERNASEK (1986:31) hat deshalb recht, wenn er für die Zukunft Australiens die große Bedeutung von Wissenschaft, Technologie und die Qualität der menschlichen Arbeit hervorhebt.

Wenn die Industrie Australiens ihren Wirkungsgrad verbessern und die Arbeitsplatzverluste der späten siebziger und achtziger Jahre wenigstens teilweise wettmachen will, sind Innovationen äußerst wichtig. Neue Arbeitsplätze werden bereits durch die relativ arbeitsintensiven Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten geschaffen. „Wir können kurz- oder langfristig international nur dann konkurrenzfähig bleiben, wenn wir die jeweils neuesten Technologien in unseren Fabriken einsetzen und High-Tech in Theorie und Praxis anwenden“ (Australia, Senate Standing Committee on Industry and Trade 1986: 6).

Wenn sich Australien auf den Export von nicht-innovativen, „reifen“ Massenprodukten beschränken würde, wäre die Situation kaum besser als im Falle der Rohstoffwirtschaft. Bei hohen Lohnkosten ließe sich Konkurrenzfähigkeit ebenfalls nur durch eine kapitalintensive Produktion erreichen. Aber Kapitalintensität beinhaltet die Anwendung von Prozessinnovationen, die den Arbeitskräftebedarf reduzieren. Daraus folgt, daß trotz einer größeren Leistung die Zahl der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe eher unter den heutigen Stand fallen würde.

Da Australien wegen seines relativ kleinen Industriepotentials nicht mit den führenden Industrienationen konkurrieren kann, sollte es seine Chance in High-Tech-Produkten für völlig neue Märkte oder Marktnischen suchen (NORTH 1978 a, b). Diese Empfehlung deckt sich mit der von der OECD (1983) vorgeschlagenen Anpassungsstrategie.

Die Analyse der Situation in der Industrie Australiens und die Diskussion der Handlungsalternativen kann also keine einfachen Lösungen anbieten. Weder Wechselkursänderungen noch expansive Exportstrategien versprechen sofortigen Erfolg. Staatliche Hilfen können bestenfalls flankierend wirken. Ein zuverlässiger, langfristiger Fortschritt wird am ehesten durch eigene Produktentwicklungen zu erreichen sein. Überlegenes Design, hohe Qualität, angemessener Preis, Liefertreue und Kundendienst können neue, vorwiegend kleine und spezielle Märkte im In- und Ausland eröffnen.

Literatur

- Australia, Bureau of Industry Economics (Hrsg.): Australian Industry: Establishing the Basis for Sustained Recovery. Conference Papers and Proceedings, Melbourne, 16-17 April 1984. Canberra 1984.
- : Productivity Growth in Australian Manufacturing. Information Bulletin, No. 8. Canberra 1985 a.
- : The Regional Impact of Structural Change: An Assessment of Regional Policies in Australia. Research Report, No. 18. Canberra 1985 b.
- : Revitalising Australian Industry: The Paths and Prospects for Long Term Growth. Canberra 1986 a.
- : Government Regulation of Industry: Issues for Australia. Occasional Paper, No. 1. Canberra 1986 b.
- Australia, Committee to Advise on Policies for Manufacturing Industry (Hrsg.): Policies for Development of Manufacturing Industry: A Green Paper. 4 Bände, Canberra 1975, 1976.
- Australia, Department of Trade (Hrsg.): Australia Reconstructed: ACTU/TDC Mission to Western Europe. Canberra 1987.
- Australia, Economic Planning Advisory Council (Hrsg.): Regional Impact of Industry Assistance. Council Paper, No. 20. Canberra 1986.
- Australia, Industries Assistance Commission (Hrsg.): The Regional Implications of Economic Change. Approaches to General Reduction in Protection, Discussion Paper, No. 3. Canberra 1981.
- : Annual Report 1983-84. Canberra 1984.
- Australia, Parliament (Hrsg.): Report of the Committee of Economic Enquiry. 2 Bände, Canberra 1965.
- : White Paper on Manufacturing Industry. Canberra 1977.
- : Industry, Technology and Commerce: Budget 1987-88. Canberra 1987.
- Australia, Senate Standing Committee on Industry and Trade (Hrsg.): Manufacturing Industry Revitalisation Inquiry: Discussion Issues Paper. Canberra 1986.
- Australia, Study Group on Structural Adjustment (Hrsg.): Report. 2 Bände, Canberra 1979.
- Australia, Treasury (Hrsg.): The Round-up, (July). Canberra 1987.
- Australian Academy of Technological Sciences (Hrsg.): Developing High Technology Enterprises for Australia. Parkville 1983.
- Australian Labor Party (Hrsg.): Australian Labor Party Platform, Resolutions and Rules as Approved by the 37th National Conference, Hobart 1986. Barton 1986.
- Australian Manufacturing Council (Hrsg.): Future Directions for Australian Manufacturing Industry: A Broad Strategy Framework. Canberra 1986.
- BERNASEK, M.: Australian Manufacturing Industry: The Challenge for Structural Change. In: Current Affairs Bulletin, 63, 5, 1986, 15-31.
- BLAIR, J. P. et al.: The Market for Jobs: A New Approach to Solving Unemployment. In: The Futurist, 18, 2, 1984, 54-59.
- GROTZ, R.: Industrialisierung und Stadtentwicklung im ländlichen Südost-Australien. Stuttgarter Geographische Studien, H. 98, 1982.
- : Die Industrie Australiens: Entwicklung, Probleme, Chancen. In: Geographische Rundschau, 37, 1, 1985, 28-35.
- HAYTER, R.: Truncation, the International Firm and Regional Policy. In: Area, 14, 1982, S. 277-282.
- JOSEPH, R.: Technology Parks. In: Planner (NSW), 2, 1, 1986, 33-36, 38.
- LINGE, G. J. R.: Australian Manufacturing in Recession: A Review of the Spatial Implications. In: Environment and Planning A, 11, 1979, 1405-1430.
- : Manufacturing. In: JEANS, D. N. (Hrsg.): Space and Society. Australia: A Geography, Band 2. 2. Auflage, Sydney 1987, 144-171.
- McCOMBIE, J. a. RICHARDSON, C.: Competitive Strengths and Regional Economic Growth: The Case of the Victorian State Economic Strategy. In: Australian Journal of Regional Studies, No. 1, 1987, 3-22.
- NORTH, P.: Australian Manufacturing Industry at the Crossroads. In: Industrial Engineer, No. 19, 1978 a, 10-14.
- : Indigenous Technology: Australia's Ultimate Protection. Cohen Memorial Lecture, University of Sydney. Sydney 1978 b.
- O'CONNOR, K.: The Restructuring Process under Constraints: A Study of Recent Economic Change in Australia. In: Australian Journal of Regional Studies, No. 1, 1987, 23-36.
- Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) (Hrsg.): Positive Adjustment Policies: Managing Structural Change. Paris 1983.

- : Australia. Paris 1987.
- RICH, D. C.: The Industrial Geography of Australia. Sydney 1987.
- SOLOMON, D. H. a. SPURLING, T. H.: Australian Manufacturing Industry: Third Time Lucky. In: Prometheus, 5, 1, 1987, 63-72.
- Victoria, Treasury (Hrsg.): The Economic Strategy for Victoria: Detailed Papers. Melbourne 1984.
- WADLEY, D.: Restructuring the Regions: Analysis, Policy Model and Prognosis. OECD. Paris 1986.
- WADLEY, D. A. a. RICH, D. C.: The Australian Industrial System 1950-81: Review and Classified Bibliography. Department of Geography, University of Tasmania, Occasional Paper, No. 13. Hobart 1983.
- WILDE, P. D.: Economic Restructuring and Australia's Changing Role in the World Economic System. In: HAMILTON F. E. I. (Hrsg.): Industrialisation in Developing and Peripheral Regions. London 1986, 16-43.
- YULL, D. a. ALLEN, K. (Hrsg.): European Regional Incentives, 1986: A Survey of Regional Incentives in Countries of the European Community, Portugal, Spain and Sweden. Glasgow 1986.

BERICHTE UND MITTEILUNGEN

A VEGETATION MAP OF TASMANIA*)

ULRICH SCHWEINFURTH

Introduction

The first vegetation map of Tasmania dealing with the island in more than general terms deserves, no doubt, a review. The present reviewer had the chance of a first month-long sojourn on the island in November 1959; after 16 months of field work in New Zealand, he was tempted to visit the island for comparison - an idea, which proved to be a most rewarding experience (SCHWEINFURTH 1962). A later visit in August 1965, partly covering the same ground, provided the chance to see the country under winter-conditions, which added greatly to the perception of the ecological situation of the island, in so many ways closely comparable with southern New Zealand.

When in 1965, on the occasion of the Annual Meeting of the Australia and New Zealand Association for the Advancement of Science (ANZAAS) in Hobart, an 'Atlas of Tasmania' was published (DAVIES (Ed.) 1965), the map of the vegetation of the island therein (1:1 800 000) was a disappointment in so far as a very general idea only of the vegetation was presented (SCHWEINFURTH 1970).

It took another 20 years to see the publication of the first 'fully-fledged' vegetation map of Tasmania, covering all the island, which is the subject of the present review. J. B. KIRKPATRICK and K. J. M. DICKINSON appear as co-authors. It seems appropriate to add

that J. KIRKPATRICK paved the way to this map by an impressive series of contributions on plant-geography and vegetation of the island, published during the ten years past, of which no mention is made on the map.

The vegetation map

The map is presented in 1: 500 000 - a scale allowing for some considerable detail; the top-part of the map sheet is used for the legend, distinguishing 49 'types'; on the back of the map is, what is called, a 'detailed legend', giving the names of the plants for the 49 'types', as well as twelve photographs, and a glossary of common names. The first impression of the map is excellent, the colours are pleasing and convey immediately a basic idea about the vegetation arrangement.

The 49 'types' of the legend are subdivided into 4 groups: 1. high altitude; 2. low altitude - high rainfall; 3. low altitude - low rainfall; 4. other; to 1: there is no definition for 'high' altitude given; so, the initiated wonders, that, for instance, *Eucalyptus*

*) Review of: KIRKPATRICK, J. B. & DICKINSON, K. J. M.: Vegetation Map of Tasmania 1:500 000. Forestry Commission of Tasmania. Government Printer, Hobart 1984.